

Beglaubigte Abschrift.

- 5 Ks 1/48 (15 V) -

220

B e s c h l u s s !

-----

In der Strafsache

gegen B a e c k e r Walter und Andere,

hier: gegen den Kassenboten Ernst vom D o r f f  
aus Hildén, Forstbach Nr.4, geb. am 2.10.1899  
in Remscheid,

wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit,

Das Verfahren gegen den Angeklagten wird hinsicht =  
lich der ihm zur Last gelegten Straftaten des  
Deutschen Strafrechts auf Grund des Straffreiheits =  
gesetzes vom 31.12.1949 eingestellt.

Die durch das Verfahren gegen diesen Angeklagten  
entstandenen Kosten fallen der Staatskasse zur  
Last.

G r ü n d e :

-----

Der Angeklagte , dem die Anklage gefährliche Körper =  
verletzung in tateinheitlicher Begehung mit Verbrechen gegen  
die Menschlichkeit vorwarf, wurde - mit mehreren Mitangeklagten -  
durch Urteil des Schwurgerichts Wuppertal vom 4. Juli 1949,  
unter Feststellung von 4 Einzelfällen, wegen " Verbrechens  
gegen die Menschlichkeit in Tateinheit in je 1 Fall mit ge =  
fährlicher Körperverletzung, mit Nötigung, mit gefährlicher  
Körperverletzung, diese in Tateinheit mit Freiheitsberaubung  
und mit Körperverletzung im Amt " zu einer Gefängnisstrafe  
von einem Jahr und drei Monaten verurteilt. Auf seine Revision  
hin wurde das Schwurgerichtsurteil durch Urteil des Obersten  
Gerichtshofs für die Britische Zone vom 10. Juli 1950 hinsicht =  
lich des Angeklagten mit allen Feststellungen aufgehoben , und  
die Sache insoweit zur neuen Verhandlung und Entscheidung an  
das Schwurgericht zurückverwiesen.

Nachdem

221

Nachdem nun durch die am 1. September 1951 in Kraft getretene Verordnung Nr. 234 des Britischen Hohen Kommissars die Verordnung Nr. 47 der Militärregierung aufgehoben worden ist und damit eine Aburteilung wegen Unmenschlichkeitsverbrechens ( Kontrollratsgesetz No. 10 Art. II ) den deutschen Gerichten entzogen ist, ist das gegen den Angeklagten gerichtete Strafverfahren nur noch hinsichtlich der ihm zur Last gelegten Straftaten deutschen Strafrechts als beim erkennenden Gericht anhängig anzusehen.

Angeklagt und verurteilt ist der Angeklagte in den Fällen 11.) (Giess), 12.) (Aufwasser), 16.) (Hochkeppel), 42e) (Pohl ).

Aus den Rechtsausführungen des Urteils des OGHEz. ist zu entnehmen, dass im Falle 12.) (Aufwasser) der Strafverfolgungsanspruch wegen Nötigung nach § 67 Abs. 2 StGB. verjährt ist, mithin in diesem Fall unter Berücksichtigung der tatsächlichen Feststellungen nur eine geringfügige Körperverletzung übrigbleibt, ferner: dass im Falle 42e) (Pohl ) die Beamteneigenschaft des Angeklagten ( § 359 StGB ) nicht festgestellt war. Hierzu ist zu bemerken, dass weder das Schwurgerichtsurteil noch der übrige Inhalt der Akten Momente aufweist, aus denen auf die Beamteneigenschaft des Angeklagten geschlossen werden könnte. Infolgedessen glaubt die Kammer annehmen zu müssen, dass auch im Falle Pohl nur mit Verurteilung wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung im Sinne des § 223a StGB. gerechnet werden kann.

Unter diesen Voraussetzungen ist die Kammer der Meinung, dass bei erneuter Aburteilung keine höhere Gesamtstrafe als sechs Monate Gefängnis oder eine Geldstrafe, bei der die Ersatzfreiheitsstrafe mehr als sechs Monate betragen würde, zu erwarten ist, wobei ausser den im Schwurgerichtsurteil ( Blatt 1761 d.A. ) angeführten Strafmilderungsgründen der bisherigen Unbestraftheit und des befehlsmässigen Handelns des Angeklagten weiter folgendes zu Gunsten des Angeklagten spricht:

Der Angeklagte hat sich ausweislich des Strafregisters auch in der Zeit nach seiner Aburteilung einwandfrei geführt. Da entgegenstehende Feststellungen im Schwurgerichtsurteil nicht getroffen sind, so darf angenommen werden, dass die sämtlichen vom Angeklagten begangenen Straftaten keine allzu ernststen Folgen gehabt haben.

Endlich



222

Endlich verdient noch hervorgehoben zu werden, dass der Angeklagte - nach den Feststellungen des Schwurgerichtsurteils (Blatt 1692 R d.A.) - sich während des letzten Weltkriegs bei Ableistung des Wehrdienstes eine Dienstverletzung - Wirbel - säulenriss mit Verkrümmung des Rückgrats - zugezogen hat, die für ihn aller Vermutung nach einen dauernden Gesundheitsschaden zur Folge haben muss. Der Angeklagte hat durch diesen im Gemeinschaftsdienste erlittenen körperlichen Schaden gewissermassen dem Staat eine Busse geleistet, die bei der Verhängung einer gerichtlichen Strafe gegen ihn in angemessener Weise berücksichtigt werden muss.

Hiernach war das Verfahren, soweit noch hier anhängig, einzustellen. ( §§ 2,3,4,5 Straffreiheitsgesetzes vom 31.12.1949).

Die Kostenentscheidung folgt aus § 467 StPO.

Wuppertal, den 30.11.1951.  
Landgericht, 5. Strafkammer

gez. Ufer

Dr. Hucklenbroich

Schulz.



Beglaubigt:

*[Handwritten signature]*  
Justizangestellter.